

Kurz und Bündig

Jahrgang 6

2. Ausgabe Dezember 2022

15. Dezember 2022

Kreishaushalt 2023

Sozialer Ausgleich und wirtschaftliche Notwendigkeit im Zeichen der Krise

Der Kreishaushalt für das Jahr 2023 war wieder Gegenstand kontroverser Beratungen. Im Vorfeld war schon klar geworden, dass sich das Haushaltsvolumen deutlich erhöhen würde. Gründe hierfür sind die Ukraine Krise, die Inflation und die rasant steigenden Energiekosten. Bereits die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden hatten auf die negativen Auswirkungen für die Gemeindehaushalte hingewiesen und nachdrücklich Änderungen verlangt. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass einige Gemeinden in die Haushaltssicherung abrutschen würden. Vor diesem Hintergrund hat die Kreistagsfraktion in diesem Jahr ihre Haushaltsberatungen durchgeführt.



Die Eckdaten

Der Haushalt weist ein Volumen von 751,46 Mio. € aus (Vorjahr: 661,36 Mio. €) und hat damit eine Steigerung von 13,6%. Die Personalkosten im Haushalt steigen auf 99,18 Mio. € (91,37 Mio. €) und damit um 9,2%. Sie machen einen Anteil von 13,1% am Gesamthaushalt aus (Vorjahr: 13,8%). Den größte Haushaltsanteil hat der Sozialbereich mit 377,7 Mio. €, das sind 51,8% des Haushaltsvolumens. Dabei nehmen die Leistungen im Jugendhilfebereich mit 199,1 Mio. € (= 27,3% des Gesamthaushalts) den größten Raum ein noch vor den Leistungen des restlichen Sozialhaushaltes mit 178,7 Mio. € oder 24,4%.

Als Ursachen der massiven Steigerungen werden vier Hauptpunkte angeführt:

- Belastungen durch die Mehrkosten zur weiteren Bewältigung der Corona Pandemie
- Der Ukrainekrieg mit den Folgen der Flucht vieler Menschen als Schutzsuchende nach Deutschland

- Die steigenden Energiekosten als Folge des Ukrainekrieges
 - Die galoppierende Inflation
- Die Kosten aus der Coronapandemie werden weiterhin nicht isoliert, aber die Kosten aus der Belastung durch den Ukrainekrieg müssen isoliert und auf die Zukunft verteilt werden (ca. 7 Mio. €, ab 2026 in den Haushalt zur Rückzahlung einzustellen).
- Die LWL Umlage steigt auf 142,853 Mio. € (+ 18,153 Mio. €) und macht damit 17,7 % des Haushaltsvolumens aus.
- Die Jugendamtsumlage steigt auf 105,91 Mio. Euro (+ 4,38 Mio. €) und erreicht damit einen Hebesatz von 26,15%

Investitionsschwerpunkte

Die größten Investitionen erfolgen in den Bereichen

- Straßen- und Hochbau 16,2 Mio. €
- Schulbau 6,5 Mio. €
- Grundstückserwerb 5,1 Mio. €
- Sicherheit / Katastrophenschutz 3,8 Mio. €
- Umweltschutz und Nachhaltigkeit 2,4 Mio. €

Personalhaushalt

Der Stellenplan des Kreises sieht eine Ausweitung des Personalbestands um 76 Stellen auf dann 1197 Stellen. Im Münsterlandvergleich der Kreise nimmt der Kreis Steinfurt damit den vorletzten Platz ein. Nur der Kreis Borken hat weniger Beschäftigte pro 100.000 Einwohner.

Arbeit, Soziales und Integration

Dieser Block bildet im Haushalt den größten Einzelposten mit 50,5% (Σ: 379 Mio. Euro) des Volumens. Auslöser sind die Steigerungen der Standards nach der Änderung des Bundesteilhabegesetzes mit den umfangreichen Steigerungen der Wohnstandards und Selbstständigkeitsstandards. Diese sind Teil der Behindertenrechtscharta der Vereinten Nationen und müssen umgesetzt werden. Hinzu kommen noch weitere Leistungen wie die Kosten der Unterkunft für Schutzsuchende, die jetzt von den Kommunen zu tragen sind und nicht mehr vom Bund erstattet werden. Zu diesen gehören auch Heizkosten. Ebenfalls sind die Mehrkosten für die Krankenversicherung der Schutzsuchenden abgebildet. Im Bereich der Leistungen für Menschen mit Handicaps werden in diesem Bereich die Kosten für den Unterhalt zum Leben ausgewiesen.

Jugendhilfe

In diesen Bereich fallen die Aufwendungen für die Kindergartenbetreuung im U3 Bereich. Der Kreis Steinfurt erreicht eine Versorgungsquote von 57,4% und wendet dafür 145,6 Mio. € auf. Die Jugendhilfe stellt auch die Mittel bereit für Jugendliche mit speziellen Förderbedarfen und die interdisziplinäre Frühförderung.

Der gesamte Jugendhilfebereich hat ein Volumen von 199 Mio. € und macht 26,5 % des Haushalts aus.



Gesundheit / Bevölkerungsschutz

Schwerpunkte sind die notwendigen Investitionen in Lagerhaltungsstrukturen und die Sicherung der kritischen Infrastruktur bei Rettungsdiensten, Polizei und Feuerwehr, aber auch für die Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Medikamenten und Gesundheitsdienstleistung. Hierfür plant der Kreis die Beschaffung von Kommunikationstechnik, investiert in den Bau und die Einrichtung eines Zentrallagers, und überprüft, überarbeitet und passt auf Weisung des Landes die Notfallpläne für einen Blackout an.

Im Gesundheitsamt müssen die Strukturen des öffentlichen Gesundheitsdienstes überarbeitet und aufgestockt werden. Die SARS-CoV-2 Pandemie hat gezeigt, wo die Schwachstellen liegen. Das führt zu einem personellen Mehrbedarf, der meist durch Bund und Land refinanziert wird, aber eben nicht komplett. Gesamtkosten der Maßnahmen: 116 Mio. Euro.

Infrastruktur

Die Schwerpunkte der Infrastrukturmaßnahmen liegen im Erhalt und Ausbau des Straßennetzes auf der einen Seite, und andererseits auf der Schaffung eines zentralen Lagers für die Hilfsgüter für den Katastrophenschutz. Mit Ausnahme der Querspange-R in Rheine unterstützt die Fraktion weiterhin die geplanten Straßenbaumaßnahmen und die zugehörigen finanziellen Investitionen. Auch der FMO wird weiterhin von der FDP als wichtiges Infrastrukturelement des Kreises unterstützt, speziell nachdem das Wirtschaftlichkeitsgutachten seine Bedeutung noch einmal unterstrichen hat.

Digitalisierung

Bei der Digitalisierung wird der Schwerpunkt auf die Neueinstellung von Fachpersonal gesetzt. Damit soll die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse beschleunigt werden. Weiterer Investitionsschwerpunkt ist die Absicherung gegen Hackerangriffe und damit die Erhöhung der Resilienz der kreiseigenen EDV. Wie notwendig das ist, hat der Angriff gegen Apetito in

Rheine gezeigt, aber auch Angriffe gegen andere Kreis-verwaltungen im Land. Ohne abgesicherte EDV ist die gesamte kritische Infrastruktur des Kreises gefährdet. Die Kreistagsfraktion begrüßt daher die Investitionen in diesen Sektor.

Schule, Kultur und Sport

Im Bereich Schule werden erhebliche Investitionen in die Sanierung der kreiseigenen Schulgebäude getätigt. Die meisten Mittel dafür kommen vom Land aus dem Programm „Gute Schule“ und fließen in die bauliche Sanierung beispielsweise des Berufskollegs Rheine und der Förderschulen im Kreis. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen vertritt die FDP hier die Auffassung, dass die zur Verfügung gestellten Mittel vollständig investiv genutzt werden sollen, also zur Durchführung der genannten Baumaßnahmen. Dies erhöht die Qualität der Bildungsstrukturen und ist zudem eine Investition in den Werterhalt.

Das DA Kunsthaus Kloster Gravenhorst wird im Kreishaushalt weiterhin mit mehr als 700.000 € gefördert, wobei die FDP auf die Erschließung neuer Zielgruppen Wert legt. Neue Veranstaltungsformen, z.B. in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft und eine Umgestaltung und Aufwertung der Außenanlagen am Kloster sollen zur Steigerung der Attraktivität beitragen. Anträge dazu sind in Vorbereitung.

Umwelt und 50-Punkte-Programm

Der Schwerpunkt im 50-Punkte-Programm für den Klima- und Umweltschutz liegt im Jahr 2023 auf der Ausdehnung der PV-Anlagen auf den kreiseigenen Gebäuden. Der erzeugte Strom dient dem Eigenverbrauch. Der kreiseigene Fuhrpark wird – wo immer möglich – mit Elektrofahrzeugen neubestückt. Die Förderung von ÖPNV und Fahrradverkehr geht in die nächste Runde. Kritisch sieht die Fraktion allerdings die Subventionen einzelner Projekte, die ohnehin nur von einkommensstärkeren Gruppen in Anspruch genommen werden können, z.B. die Förderung von Lastenfahrrädern und Balkonsolaranlagen. Für Bürger mit kleinem und unterem mittlerem

Einkommen sind sie aktuell ohnehin nicht von Bedeutung und reine Mitnahmeeffekte gilt es zu vermeiden.

Der Vorschlag der FDP-Fraktion

Das Haushaltsvolumen wird um 2% gesenkt. Das bedeutet eine Deckelung der Ausgaben im Ergebnisplan bei ca. 700 Mio. €. Das ist immer noch eine Steigerung des Haushaltsvolumens um 5%. Zusätzlich soll die Ausgleichsrücklage mit 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Damit bleibt trotzdem genügend Reserve für die kommenden 2 Jahre, die ebenfalls schwierig werden. Die allgemeine Jugendamtumlage bleibt unangetastet, da sie sich aus reinen Pflichtausgaben zusammensetzt.

Der Personalplan wird in seinem Anwachsen auf die refinanzierten Stellen beschränkt und auf die notwendigen zeitlichen Mehrausweitungen von Stellenanteilen bereits besetzter Stellen.

Eine Überprüfung und ggf. Umstrukturierung von Arbeitsprozessen wird nach Auffassung der FDP-Fraktion weitere Reserven freilegen.

Das Ergebnis der Beratungen

Vor der abschließenden Sitzung des Kreistages wurde kurzfristig durch die CDU und die SPD eine gemeinsame Änderungsliste am Stellenplan eingebracht, die die Nichteinrichtung 9,5 Stellen betraf.

Ebenfalls kurz vor der Kreistagssitzung wurde bekannt, dass die LWL Umlage auf 16,1% festgesetzt werden soll. Die Beschlüsse lauten:

- Der Stellenplan wird geändert, wie von CDU und SPD vorgeschlagen. FDP und UWG haben die Streichungen weitgehend unterstützt. Der FDP-Vorschlag wurde zurückgezogen.
- Die Kreisumlage wird auf 28,7% festgesetzt, Das Haushaltsvolumen liegt bei 737.525.264 €
- die Jugendamtumlage bleibt bei 26,11%
- Die allgemeine Haushaltsrücklage wird mit 2 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Die FDP Fraktion hat den Haushalt als unzureichend für die Städte und Gemeinden im Kreis abgelehnt.

Gesamtergebnis: Ja: 45 – Nein: 15 – E: 2